

Berliner Börsen-Beitung.

Berlin, Freitag,
Die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Bezugs-Preis:
Bieteljährlich
Für Berlin 7 M. 50 Pf. ohne Botenlohn,
für ganz Deutschland 9 M.,
Oesterreich 13 Kr. 82 Hell., Rußland
4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gts.

Für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-
Sendung 20 M. für das Bieteljahr.

Bestellungen werden angenommen:
Für England in London bei
Lang, Slegle 30 Rine Street E.C. und
Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Telegraph-Adresse:
Börsenfronte.

Bestellungen werden angenommen
bei allen
Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Inserate: In der Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Hotels- und Bäder-Anzeiger.
Vollständige Diebstahlslisten der
Preussischen Klassen-Lotterie.
Allgemeine Verlosungsstabellen
mit Preisausschüssen
und viele andere wichtige tabellarische
Nachrichten.

Inserations-Gebühr:
Die vierteljährliche Zeile 50 Pf.
Reklameteil 1 M.

Verantwortlicher:
Ant I. Nr. 243.

Vom Tage.

Das österreichische Herrenhaus genehmigte gestern die vom Abgeordnetenhaus angenommenen Vorlagen, darunter die Bauvorlage.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus kam es gestern zwischen den Abgeordneten Poszgay und Pal zu einer Schlägerei. In dem nachmittags stattgefundenen Säbelduell erhielt ersterer einen schweren Kopfstich.

Gestern sind die Schiedsgerichtsverträge zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten sowie zwischen England und den Vereinigten Staaten unterzeichnet worden.

Der Kaiser von Rußland hat den früheren Stadthauptmann von Moskau, General Reibot, und dessen Gehilfen Oberst Korotki begnadigt.

Wie aus Port-au-Prince gemeldet wird, sind dort britische und deutsche Marine Soldaten gelandet, um den provisorischen Behörden Beistand zu leisten.

Die neuen preussischen Steuern.

Im Herbst oder Winter des Jahres soll sich der preussische Landtag noch mit einer undankbaren Aufgabe befassen, mit einer neuen Steuervorlage, da das Professorium der Steuerzusage, das wegen der Beamtengehaltsaufbesserung 1908 beschlossen worden war, befristet und durch etwas mehr als 100 Millionen neuer Steuern ersetzt werden soll. Bislang waren Steuerzuschläge von 5 bis 25 Proz. zur Einkommensteuer und 25 Proz. zur Vermögenssteuer in Kraft, das Professorium hat aber nur bis zum 1. April 1912 Gültigkeit; demnach ist die Steuerregelung unauflösbar, und es fragt sich nun, auf welche Schultern die neuen Lasten gelegt werden sollen. Die Vermögenssteuer möchte man nicht zu Hilfe nehmen, weil damit in vielen Fällen keine Rentner und Witwen getroffen werden würden, die von den Zinsen ihres Vermögens leben müssen und bei den gestiegenen Lebensmittelpreisen schon jetzt mitunter im Druck sind. Mit der Einkommensteuer will man es auch vorläufig nicht versuchen, weil 60 Mill. Mark daraus zu beschaffen wären, und zwar hauptsächlich aus dem Einkommen über 100 000 M., jedoch die 5 pCt. Einkommenssteuer erreicht werden würde, gegen die das Herrenhaus sich bislang noch stets kräftig gesperrt hat. Ein Hauptargument dagegen ist die Furcht vor der Abwanderung der größeren Einkommen in benachbarte Bundesstaaten, die nicht so hart wie Preußen mit den höheren Einkommensstufen umgehen. Würden etwa die provisorischen Steuerzuschläge von heute in das neue Einkommensteuergesetz hinübergenommen, so haben die Linke des Abgeordnetenhauses und das Zentrum Bedenken, weil dann das preussische Wahlrecht seinen schon jetzt ausgeprägten plutokratischen Charakter noch verschärfen würde. Die Regierung scheint nicht geneigt zu sein, diesen Weg zu gehen. Sie kann ja auch kaum, nachdem sie sich einmal für eine Wahlreform eingesetzt hat, für eine Steuerreform eintreten, die das Wahlrecht noch mehr zugunsten der reichen Leute verschärfen würde.

An eine neue Gesetzgebung im Sinne der Anregungen der National Liberalen, d. h. an die größere Inanspruchnahme der Eisenbahnüberbauwerke für die allgemeinen Staatsausgaben, denkt der Finanzminister zurzeit auch nicht, weil ihm die großen Ansprüche, die die Verkehrsverbesserungen, die zweiten Gleise, Elektrifizierung der Bahnen etc. an die Staatsfinanzen stellen, dieses Hilfsmittel nicht geraten erscheinen lassen. Diesen Sparposten will der Finanzminister für die etwaigen schlimmsten Tage der Zukunft unberührt erhalten. Somit wird man wohl auf eine Reform hinausschieben und es sich angelegen sein lassen, etwa 60 Millionen, jene Summe, die bislang durch das Professorium gedeckt wurde, durch neue Steuern hereinzuholen, durch neue Steuern, die man

allerdings erst noch finden muß. Die Maxime lautet, wie bei jeder Finanzreform: Nichts dich nach den Umständen oder besser Nichts ohne Senf als Senf ohne Nindfleisch!

In früheren Jahren ist die preussische Regierung mit dem Vorschlag der Gesellschaftsteuer gekommen. Diese Steuer ist aber von der öffentlichen Meinung, von Handel und Gewerbe als neuer Versuch verbotlicher Doppelbesteuerung entschieden abgelehnt worden. Sie dürfte auch diesmal kaum Gegenliebe in Parlament finden, da Handel und Gewerbe schon durch die Reichsfinanzreform genügend in Angelegenheit und Erregung gebracht sind. Dagegen ist ein Projekt ausgetaucht, das in der Gesamtheit sich an die Wertzuwachssteuer anlehnt und wohl insofern sich einer gewissen Volksnähe erfreuen darf. Es ist der Vorschlag des Abg. von Dewitz, der auf eine Vermögenszuwachssteuer abzielt und jede Vermögensvermehrung der Ergänzungsteuerpflichtigen über 3000 Mark für die preussische Staatskasse mit einer progressiven Steuer von 1 bis 6 pCt. erfassen will. Die Abstufung soll ausreichen, um den kleinen Pensionären und Rentnern den nötigen Schutz ihrer bestehenden Rente angedeihen zu lassen. Auf der anderen Seite wird damit gerechnet, daß die Vermögensbildung in der preussischen Monarchie erheblich schnell fortschreitet und daß gegenwärtig eine Vermehrung der Vermögen pro Jahr um rund 3 Milliarden Mark stattfindet. Der Vorschlag geht von dem sozial nicht unwichtigen Gedanken aus, daß Vermögensvermehrung und Minderlagen eher eine Verbesserung vertragen als jene Einkommen, bei denen das steuerabhängige Individuum seine Erwerbungen machen kann. Freilich ist das individuell verschieden; der Sparsame und kaufmännisch Betreibende wird eher zu Vermögenszuwachs kommen als der Lebenslustige; seine wirtschaftlichen Tugenden befestigt alsdann der Staat auf die Weise, daß er ihm eine Steuer zuweist. Aber das ist wohl auf den meisten Gebieten der Finanzkunst so, der Staat hält sich an denen, die etwas haben und vorwärtsbringen; für die anderen tritt er im Zeitalter der fortschreitenden Sozialpolitik noch helfend und unterstützend ein. Man rechnet es weiter der Vermögenszuwachssteuer als Vorteil an, daß sie die kommunalen Steuern und Wahlrechtsverhältnisse nicht verändere, und das ist namentlich für das Zentrum ein Grund, dem Plane vorderhand die Sympathie nicht zu verlagen. Konfervative und Freikonservative sind ebenfalls nicht abgeneigt; somit wäre, falls die Regierung auch will, die erforderliche Mehrheit für das Zustandekommen der preussischen Finanzreform auf der Grundlage einer Vermögenszuwachssteuer gegeben. Vermutlich werden wir also demnächst mit einer Vorlage der Vermögenszuwachssteuer rechnen können.

Telegramme.

Kölnen, 3. August. (C. T. C.) Von heute bis Sonnabend findet hier die dritte Tagung der Deutschen Gesellschaft für Vorgebüchte unter dem Vorsitz des Professors Dr. Köstmann (Berlin) statt. Es wird eine Reihe prähistorischer Vorträge gehalten unter dem Gesamttitel „Die deutsche Vorgebüchte, eine hervorragende nationale Wissenschaft“. Vertreter vieler Universitäten und ein Vertreter des Kultusministeriums nehmen an der Tagung teil.

München, 3. August. (C. T. C.) Nach Mitternachtsmeldungen aus Mittenwald bei Garmisch ist der große Waldbrand unter Beihilfe einer Abteilung des Eisenbahnbataillons aus München lokalisiert, wenn auch das Jungholz noch länger fortbrennen wird. Ein Mann vom Eisenbahnbataillon wurde durch Steinschlag am Hinterkopf, ein Forstassistent am Unterarm verletzt.

Wien, 3. August. (C. T. C.) Der Gemeinderat der Stadt Wien verlieh dem Oberbaurat Otto Wagner anlässlich seines 70. Geburtstages die Große Goldene Salvator-Medaille, die heute der

Vizebürgermeister Borzer mit einer herzlichsten Ansprache dem Jubilar überreichte.

Zürich, 3. August. (C. T. C.) Seit gestern nachmittag brennen nahe Franzensfeste über tausend Joeh Waldbecken.

Zürich, 3. August. (C. T. C.) Im Göttdorfer Thal wurde die Leiche des abgestürzten Flensburger Touristen Leitner — nicht Blühner — von Bergführern aufgefunden.

Budapest, 3. August. (C. T. C.) Im Abgeordnetenhaus dauert die technische Diskussion der Opposition gegen die Mehrreformvorlagen fort. Als heute der früher der Unabhängigkeitspartei angehörige Abgeordnete Dolicsanyi für die Vorlagen eintrat, wurde er von der Opposition mehrmals mit leidenschaftlichen Zwischenrufen unterbrochen. Zwischen den Abgeordneten Poszgay von der Konservativenpartei und Pal von der Regierungspartei kam es im Verlauf einer heftigen Auseinandersetzung zu einer Schlägerei. Im Saale entstand eine gewaltige Erregung. Der Präsident hob die Sitzung auf und vernies nach deren Wiederaufnahme die beiden Abgeordneten vor den Immunitätsausschuss. Zwischen Poszgay und Pal findet heute nachmittag ein Säbelduell statt.

Augenzeugen versichern, daß die Abgeordneten Poszgay und Pal mit erhobener Faust aufeinander losstritten, daß aber andere Abgeordnete dazwischentreten, sobald sie einander nicht fälschlich verletzen konnten. Die Erregung im Abgeordnetenhaus war dadurch hervorgerufen, daß der Abgeordnete Labislans Dolicsanyi, der im vorigen Jahre aus der Konservativenpartei ausgetreten war, das Wort zur Verteidigung der Regierungsvorlage ergriff und ausführte, daß das Interesse der Nation die Vertagung der Mehrreformvorlage gebietet. Seitens der Opposition wurde seine Rede mit förmlichen Zwischenrufen und dem Zurufe „Neue!“ unterbrochen, die die Erregung vermehren steigerten, daß zwischen den beiden Abgeordneten Poszgay und Pal der gefährliche Zusammenstoß erfolgte.

Budapest, 3. August. (C. T. C.) Zwischen den Abgeordneten Pal und Poszgay fand heute ein Säbelduell statt, bei dem Poszgay nach fünf Gängen einen schweren Kopfstich, Pal einen flachen Hieb auf die Schulter erlitt. Die Gegner verhielten sich.

Nach dem Zusammenstoß zwischen Pal und Poszgay in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam der Quästor des Abgeordnetenhauses Anghal zur Richterthaler-Galerie und sagte: Man besagt, daß Sie Abgeordnete durch Zurufe aufreizen? Bezeichnen Sie sich anständig. Die Berichterstatter weisen diesen Vorwurf zurück. In der öffentlichen Sitzung, in der das Vorgehen des Quästors erörtert wurde, erklärte dieser, er habe kraft seines Amtes die Berichterstatter ernennen müssen, habe sie jedoch nicht beleidigen wollen.

London, 3. August. (C. T. C.) Unterhaus. Schatzkanzler Lloyd George kündigte heute in Abwesenheit des Premierministers Asquith, der an Geisteskraft leidet, an, daß die Regierung beabsichtige, dem Hause vorzuschlagen, sich am 18. August bis Ende Oktober oder Anfang November zu vertagen. Die Regierung hoffe, daß das Haus noch vor der Vertagung die Resolution betreffend die Entschädigung für die Mitglieder, die Finanzbill und andere notwendige Finanzmaßregeln annehmen werde. Das Ministerratsvotum gegen die Regierung solle am 7. August verhandelt werden, die Amendements der Lords zur Parlamentsbill am 8. August. Lloyd George teilte mit, daß die Regierung Valfour darum bitten werde, daß die Verhandlung über das Ministerratsvotum unter den gewöhnlichen Bedingungen der Sitzungszeit und unparteiischen Verhandlung geführt werden möge (Witzfall bei den Ministertellen), wie Valfour selbst im Jahre 1905 etwas Ähnliches von Campbell Bannerman erbeten habe, nachdem die liberale Opposition den damaligen Schatzkanzler Lloyd George für die Vertagung der Berichterstatter und anderer Vorlagen des Regierungsprogramms reserviert bleiben. Gilbert Parker sagte den Unterstaatssekretär